

# Das GRÜNE in der Bürgerschaft

## Aus der Stadtbürgerschaft vom 23. September 2014

Zur Übersicht und zu den Dokumenten: <http://gruenlink.de/th2>

### Nach Explosion in Ritterhude nicht zum Alltag übergehen

Die Explosion eines Betriebs zur Entsorgung von Lösungsmitteln und Lacken vor zwei Wochen in Bremens Nachbargemeinde Ritterhude, bei der ein Mensch ums Leben kam, hat die Bremer Bevölkerung auch im übertragenden Sinn erschüttert. So ist es kein Wunder, dass ein Gewerbeantrag für einen ähnlichen Betrieb im Stadtteil Hemelingen für erhebliche Verunsicherung in der Bevölkerung sorgt. Dessen Ansiedlungsabsicht in der Funkschneise, sehr nahe an Wohnhäusern gelegen, war bereits verhindert worden. Ein neuer Standort im Hemelinger Hafen ist dennoch nicht sehr weit von Wohnbebauung entfernt. Nach einer Einwohnerversammlung vor einer Woche hat der für die Zulassung zuständige grüne Bau- und Umweltsenator Joachim Lohse die Entscheidung über die Genehmigung der Gewerbeansiedlung zunächst ausgesetzt und für einen Alternativstandort plädiert. Dieser liegt in der Nähe des Stahlwerks Bremen, fünfmal so weit von Anwohnenden entfernt. Dies war jedoch noch nicht mit dem SPD-Wirtschaftssenator abgesprochen – Anlass für die oppositionelle CDU-Fraktion für eine Aktuelle Stunde.



Maike Schaefer, umweltpolitische Sprecherin, hatte noch vor der Einwohnerversammlung die Idee, das Genehmigungsverfahren so lange aufzuschieben, bis die Ursachen für das Ritterhuder Unglück geklärt sind. In der Debatte stellte sie klar, dass Betriebe, die ein hohes Feuer- und Explosionsrisiko haben, nicht in die

Nähe von Wohnbebauung gehören: „Wir müssen für die Sicherheit und den Schutz der Menschen vor Ort sorgen und auch ihre Ängste ernst nehmen.“ Schaefer machte aber auch deutlich, dass wir eine Verantwortung für Abfälle haben, die wir in Bremen produzieren und sie nicht irgendwo unkontrolliert in der Welt bzw. auch Umwelt entsorgen wollen. Das heißt aber auch nicht, dass solche Entsorgungsbetriebe beliebig irgendwo in Bremen angesiedelt werden können. „Diese Betriebe müssen in Industriegebiete, die den größtmöglichen Abstand zu Wohnbebauung haben ... und das ist eben nicht der Hemelinger Hafen.“ Für den Umgang mit „störendem Gewerbe“ forderte sie ein Konzept, an dem das Umwelt- und das Wirtschaftsressort gemeinsam arbeiten sollen.

Auf den Einwand, der Umweltsenator habe mit der Aussetzung der Genehmigung seine gesetzliche Kompetenz überschritten, entgegnete Schaefer: „Ja, wir leben zum Glück in einem Rechtsstaat. Und ja, der Betreiber könnte auch sicherlich rechtlich dagegen angehen, dass das Genehmigungsverfahren ausgesetzt ist, aber wir haben auch Beispiele, wo es nach Unglücken plötzlich neue Gesetze oder Gesetzesänderungen gab, zum Beispiel das Seilbahngesetz nach dem Unglück in Kaprun oder der Atomausstieg.“

## Was noch?

### Aus der Fragestunde:

Die Zusammenarbeit zwischen Grundschulen und Kitas soll weiter systematisiert werden, die Strukturen im Übergang verbindlich gestaltet. An 5 Modellstandorten soll die Sprachbildung und -förderung insbesondere am Übergang von der Kita in die Grundschule besonders in den Blick genommen werden.



Fraktion  
Bündnis 90/DIE GRÜNEN  
in der  
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0  
Fax: 3011-250

[fraktion@gruene-bremen.de](mailto:fraktion@gruene-bremen.de)  
[www.gruene-fraktion-bremen.de](http://www.gruene-fraktion-bremen.de)